

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-Altbau 16, Holbeinstroße 46 • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Druck und Verlag: Saxonia-Verlagsanstalt G. m. b. H. Dresden-Altbau 16, Holbeinstroße 46

## Der Landesverrat in der Pfalz

Die Proklamierung der Pfalz als autonomen Staat — Die Ablehnung des Kreistages — Deutschlands weitere Reparations-  
lieferungen unmöglich — Ein Vorschlag zur neuen Prüfung der Leistungsfähigkeit — Die Ministerpräsidenten behandeln  
den Konflikt mit Bayern

### Sozialistische Vertreter

Kaum ist dem sozialistischen Ministerpräsidenten Dr. Feigler in Sachsen, der die Reichswehr bei den Feinden denunzierte, sein Handwerk durch den Einmarsch der Reichswehrtruppen wenigstens indirekt gelobt worden, kommt aus der Pfalz die ungeheuerliche Nachricht, daß dort sozialistische Führer sich mit den Franzosen zusammengesetzt haben, um die Pfalz von Bayern loszureißen und zu einer selbständigen Republik, natürlich in Anlehnung an die französische Freundschaft, auszurufen. Die „Pfälzische Rundschau“ konnte bereits am Mittwoch in den ersten Nachmittagsstunden eine Darstellung der Ereignisse geben, nach der der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Louis, in der Sitzung des pfälzischen Kreistages das Wort zu der offiziellen Erklärung ergriffen habe, daß die Pfalz von heute ab ein autonomer Staat sei. Nach der Erklärung des Vorsitzenden des Kreistages ist diese sogenannte Autonomieerklärung der Pfalz durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister von Ludwigshafen, Klees, und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann, Kaiserlautern, die Führer der Sozialdemokraten in der Pfalz, mit dem französischen General de Weh geführt haben.

Als diese Nachrichten in Berlin bekannt wurden, erklärte die Pressestelle der Reichsregierung noch nachmittags 2 Uhr, daß sie über diese Vorgänge noch keine Meldung habe; aber sie hätte sich nur in der Redaktion des „Vorwärts“ zu erkundigen brauchen, um die Bestätigung dafür zu erhalten. Denn der „Vorwärts“ war am Mittwoch nachmittags als einziges Berliner Blatt in der Sache eine selbständige Nachricht über die Vorgänge in der Pfalz zu veröffentlichen. — Die erste Nachricht stammte von der Telegraphen-Union.

Währenddessen beschloß der „Vorwärts“ sorgfältig die Mitteilung seiner pfälzischen Genossen bei diesem neuerlichen Landesverrat und erzählte, daß der Entschluß gefaßt worden sei, weil die Gebuld der reichstreuen republikanischen Bevölkerung der Pfalz dem Münchener Kreiden gegenüber erschöpft sei. Auch habe infolge des Münchener Vorstoßes die separatistische Gefahr überhand genommen und es könnte ihr nur dadurch begegnet werden, daß sich die Pfalz als ein von Bayern abgetrennter Bestandteil des Deutschen Reiches konstituierte. Obwohl aber der „Vorwärts“ diese förmliche Gründung der Pfalz-Republik als einen Akt der Wehr gegen den reaktionären Separatismus, als einen Akt der Treue zum Reich mit tiefer innerer Befriedigung feiert, ist es ihm doch nicht recht geheuer bei diesem Ferkel der Reichsregierung, denn er muß selbst in seinen weiteren Ausführungen zugeben, daß nach der Verfassung eigentlich die Auflösung der Pfalz von Bayern nur in den Formen einer Volksabstimmung hätte stattfinden dürfen. Dann behauptet er aber wiederum geradewegs, daß eine solche Volksabstimmung unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich sei, und daß die Proklamierung mit vollem Rechte geschehen sei, denn sie rette die Pfalz vor bayerischen Separatismus wie vor französischen Annexionsgelüsten.

Weshalb eine ungeheuerliche parteipolitische Verblendung drückt sich in dem Vorgehen der pfälzischen Sozialdemokraten und in dem Urteil des „Vorwärts“ über diese Ereignisse aus. Die Auslösung der selbständigen Republik Pfalz durch den Vertreter der Rheinlandkommission, Major Louis, soll die Pfalz vor französischen Annexionsgelüsten retten? Oder glauben die deutschen Sozialdemokraten, daß um ihrer schönen Augen willen die französischen Gewalttäter auf ihre längst bekanntgewordenen Pläne verzichten werden, die Pfalz, ähnlich wie Rheinland und Westfalen, vom Deutschen Reich vollständig zu trennen und sie zu französischen Vasallenstaaten umzugestalten? Dieser sozialistische Schritt bedeutet nichts anderes als schändlichen Landesverrat und es ist eine infame Verheimlichung, das Verhalten der pfälzischen Sozialdemokraten mit den bayerischen Aufständen beschönigen zu wollen.

Sollten sich die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit mit dem Vorgehen der pfälzischen Genossen und mit dem Verhalten des „Vorwärts“ in dieser Frage solidarisch erklären, so hätten sie damit ein für alle Mal sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft gestellt und der Kampf gegen die Sozialdemokratie wäre zu einer nationalen Pflicht geworden.

Auch noch diesem Landesverrat hat der „Vorwärts“ noch den traurigen Mut, mit einer verächtlichen Handbewegung die vermittelnde Tätigkeit der Minister Dr. Brauns, Luther und Koeth in der bayerischen Angelegenheit beiseite zu schieben und nach dem Bürgerkrieg zu schreien. Die gebührende Antwort darf nicht lange mehr auf sich warten lassen.

### Frankreichs Diktat

Frankfurt a. M., 25. Oktober. In der Sitzung des pfälzischen Kreistages, die gestern vormittag stattfand, hat nach der Eröffnungsansprache des stellvertretenden Präsidenten der Vertreter der Rheinlandkommission Major Louis das Wort zu folgender offizieller Erklärung ergriffen:

In anbetraht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden und in anbetraht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich gegen-

über bei hohen alliierten Kommission zur Mitarbeit zur Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Tilgung der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheiten Frankreichs erforderlich sind.

Der Vorsitzende des Kreistages erklärte hierauf dem Vertreter der Rheinlandkommission, daß er heute nachmittags 4 Uhr dem Herrn General den Bescheid des Kreistages übermitteln werde. Er fuhr dann fort: Der Beschluß ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister Klees, zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Rechtsanwalt Wagner und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann, Kaiserlautern, alle Führer der Sozialdemokraten in der Pfalz, mit dem General de Weh geführt haben. Ich glaube, daß Sie alle tief erschüttert von dieser Mitteilung sind und ich schlage vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zur Beratung zu geben. — Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen.

Nachmittags trat der Kreistag erneut zusammen. Der Vorsitzende Dr. Bayerndörfer erklärte: Wir haben heute vormittag mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der angeführten Frage den Kreistag einige Stunden unterbrochen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich zu der wichtigen Frage der Pfalz zu äußern. Der Vorsitzende verlas hierauf nochmals die Erklärung der bayerischen Behörde und fuhr fort: In dieser Frage ist der Kreistag nach § 18 der Reichsverfassung in keiner Weise zu binden. Damit ist der Antrag vorläufig für und erledigt. Der Vorsitzende stellte die Frage, ob sich jemand zum Worte zu melden wünsche. Es meldete sich niemand. Der Vorsitzende fuhr fort: Damit ist die Frage für uns entschieden. Er erwiderte dann, ich habe mich mitgeteilt, daß das Reichsministerium und daß das bayerische Kabinett sich heute nacht mit der Frage beschäftigt haben und zu dem Entschluß gekommen sind, jede Anerkennung des Bestehenden gegenwärtigen Zustandes als Landesverrat zu betrachten.

Damit schloß die Sitzung unter fürstlichem Beifall auf den hochbedeuten Tribünen mit langanhaltendem Hoch- und Bravorufen sowie Säbelklängen. In der Bevölkerung hat aber der durch die sozialdemokratischen Führer veranlaßte Schritt der Rheinlandkommission ungeheure Erregung und Entrüstung hervorgerufen und einstimmige Ablehnung erfahren.

Wie zu dieser ganzen Angelegenheit aus Dresden gemeldet wird, dürfte der Vorfall noch nicht ohne weiteres erledigt, sondern nur verschoben sein. General de Weh erklärte, daß er diesen Staat haben wolle und ihn auch schaffen werde. Auch der sozialistische Reichstagsabgeordnete Hoffmann erklärte, daß er in seinen Bemühungen, die Pfalz von Bayern zu trennen, fortfahren werde.

### Kundgebung des bayerischen Ministerpräsidenten

München, 24. Oktober. Ministerpräsident Dr. v. Kulling erklärt folgenden Aufruf an das pfälzische Volk: Unverantwortliche Elemente haben nach einer heute hier eingetroffenen Mitteilung versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszureißen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Dies sollte geschehen gestützt auf die Vajonette der französischen Befragung, mit der sich anscheinend diese Elemente in Einvernehmen gesetzt hatten. Sie wollten einen zwischen Bayern und dem Reich existierenden Gegensatz, bei dem eine Trennung Bayerns vom Reich niemals in Frage kommen konnte, zum Anlaß nehmen, um eine Unternehmung ins Werk zu setzen, die sich als Hochverrat am bayerischen Vaterlande darstellt, und die nicht anders als mit der Auflösung der Pfalz vom Deutschen Vaterlande hätte enden können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr trotz schwerem Anlauf geliebtes deutsches und bayerisches Vaterland haben den verabscheuungswürdigen Anschlag hochverräterischer Volksgenossen vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sendet der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schritten und Berufen für ihr handfestes Verhalten, ihre Treue und ihre Anhänglichkeit herzlichsten Dank und höchste Anerkennung, zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zur bayerischen und der deutschen Heimat unvergessen bleiben wird. Bayern und Pfalz, Gott erhalt's!

### Abbruch der Reichsratsverhandlungen

Ohne Konferenz der Ministerpräsidenten.

Berlin, 25. Oktober.

Die für gestern anberaumte Sitzung des Reichsrates über den Konflikt Bayerns mit dem Reich wurde, anscheinend um den vertraulichen Charakter dieser Beratungen zu wahren, abgebrochen und an ihre Stelle trat unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in der Reichskanzlei. Der bayerische Gesandte von Preger brachte in dieser Konferenz eingehend zum Ausdruck, daß Bayern durchaus verhalten sei, daß es aber der Wunsch nach einer Milderung der Ueberbahrung des untaftlichen Gedankens in der Reichsverfassung habe, der der Urheber von Konflikten schon mit den verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Darauf ergriff der Reichskanzler im Namen der Reichsregierung das Wort. Er führte aus, daß die Ernennung eines Bevollmächtigten wie die des Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar in Bayern die Sache mit sich gebracht habe, daß rechtswirksame Kreise in anderen Teilen des Reichs ihre Stunde

für gekommen stellen und zu Gewalttätigkeiten verleitet würden. Dieser Gefahr sei der Reichsausschuss als Vorbeugungsmittel entgegengetreten worden. Die Reichsregierung sei in ihren Bestrebungen nach einer Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Auch heute noch wünsche die Reichsregierung einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. In dem Verlangen Bayerns nach einer Herabmilderung der Ueberbahrung des untaftlichen Gedankens wies der Reichskanzler auf die von ihm wiederholt öffentlich betonten Absichten der Reichsregierung betreffend die Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellen und steuerlichem Gebiete hin. Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

In einer längeren Besprechung vereinbarten die Minister und Gesandten die einstimmig angenommene

### Erklärung:

In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Beilegung der Personalfrage für notwendig. Am ähnlichen Konflikt für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die einzelnen Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes zu einem zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu gegebener Zeit eingeleitet werden.

Im Anschluß an diese Erklärung betonte der Reichskanzler die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern eine Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der größeren Selbständigkeit der Länder zu erörtern. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, den Ausnahmezustand vollkommen aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

### Wie sich von Kahr die Lösung denkt

München, 25. Oktober. Der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr wurde gestern von einer hervorragenden Persönlichkeit in München darüber befragt, wie er sich persönlich eine Lösung zwischen Bayern und dem Reich denke. Dr. von Kahr hat darauf folgende Antwort gegeben, die die Tendenz mit Genehmigung des Generalstaatskommissars veröffentlicht: „Der Ausgang? Trophäen ist eine undankbare Sache. Aber für jeden, der Deutschlands Geschichte und deutsches Volk kennt, sollte dies nicht schwer sein. Mit einer Reichsregierung, die ein Dr. Feigler weiter amtiert, ist eine geordnete Lösung nicht zu erreichen, denn ihr fehlt die Kraft und Ueberzeugung dafür, Deutschland durch die jetzige Katastrophe hinwegzuführen. — Mit einer entschlossenen vaterländisch handelnden Reichsregierung wird sich die Lösung von selbst ergeben. Man gebe wieder den Bundesstaaten, was den Bundesstaaten war, dem Reich, was dem Reich ist. — Befreien wir unser Vaterland von den erdrückenden Fesseln, in die sie der Marxismus gebracht hat, dann wird wieder der Geist entstehen, der unser deutsches Vaterland auf neuem Pfad an der Sonne erobert.“

### Drei ultimative Forderungen der Gewerkschaften

Dresden, 25. Oktober. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt folgenden Aufruf: An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der ADGB hat gestern im Beisein von Beauftragten der örtlichen Spitzenverbände der Reichsregierung folgende Forderungen zur Behebung der gegenwärtigen katastrophalen Lage der Arbeiterklasse in ultimativer Form unterbreitet: 1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger, 2. Veranschlagung und Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel, 3. Anpassung der Löhne an die Wertminderung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge. — Sollte die Reichsregierung diese Forderungen nicht umgehend verwirklichen, werden die Spitzenorganisationen zu weiteren Maßnahmen greifen. — Wie der „Vorwärts“ noch in später Nachtstunde erfährt, hat der Reichskanzler den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, indem er den Druck eines sofort in den Verkehr zu bringenden wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger angeordnet hat. Diese und andere Maßnahmen werden der Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben werden. Ueber die weiteren Forderungen wird zur Stunde noch mit den Ressortministern verhandelt.

### Bedeutende politische Besprechungen in Hagen

Berlin, 25. Oktober. Heute werden wichtige politische Besprechungen in Hagen, stattfinden, an denen der Reichskanzler, der Innenminister und der Minister für die besetzten Gebiete teilnehmen werden, die sich bereits am Mittwochabend dahin begaben. An den Besprechungen werden sämtliche politische Parteien des alten und neuerebenen Gebietes durch führende Persönlichkeiten vertreten sein. Auch Vertreter der Berufsstände aus den besetzten Gebieten werden in Hagen erwartet. An die vertraulichen Besprechungen wird sich eine öffentliche Versammlung anschließen, in der Dietze mann und Sellmann das Wort ergreifen werden.